



Europäische Union
Regionalpolitik

DE



Arbeiten für die Regionen

EU-Regionalpolitik 2007-2013

Januar 2008



Inhalt

Vorwort	1
Überblick: Eine Politik für die Regionen in Europa	2
Gründe für eine europäische Regionalpolitik	4
Wie sie funktioniert	6
Wer bekommt wie viel und wofür?	8
Anziehung von Investoren	10
Schaffung von besseren Verkehrsanbindungen	12
Innovative Regionen	14
Grünes Licht für nachhaltiges Wachstum	16
Mehr Lebensqualität in Europas Städten	18
Investition in Menschen	20
Mit Umsicht investieren	22
Zusammenarbeit ohne Grenzen	24
Kann die Regionalpolitik etwas bewegen?	26
Kontrolle der Verwendung von Steuergeldern	28
Einblicke vermitteln: Ihr Recht auf Information	30
Wir sind für Sie da	32
Glossar	33

Umschlag: GPS-Überprüfung durch ein Technologiezentrum für Ingenieurwesen in Nördlingen, Deutschland.

© CEC: DG REGIO / Mike St Maur Sheil

Herausgeber: Ana-Paula Laissy, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift erscheint in gedruckter Form auf Recyclingpapier.

Die in dieser Veröffentlichung wiedergegebenen Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Kommission wider.



Danuta Hübner
Mitglied der Europäischen
Kommission, zuständig für
Regionalpolitik

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich möchte Sie bitten, sich einen Einblick in die neue Regionalpolitik der Europäischen Union zu verschaffen, die auf der Vielfalt, den Herausforderungen und den Chancen der europäischen Regionen aufbaut. 43 % der Wirtschaftsleistung und 75 % der Investitionen in Forschung und Innovation konzentrieren sich heute auf nur 14 % des europäischen Gebiets, das so genannte Fünfeck zwischen London, Hamburg, München, Mailand und Paris. Auf Grund der jüngsten Erweiterungen haben sich die Unterschiede zwischen den europäischen Regionen erheblich verschärft. Luxemburg, der wohlhabendste Mitgliedstaat, ist heute sieben Mal reicher als der ärmste Mitgliedstaat, Rumänien. Auf regionaler Ebene sind die Unterschiede noch gravierender. Solche Muster zeigen sich sonst nur in Schwellenländern wie China und Indien, während die Unterschiede in den USA und Japan weit geringer ausfallen.

Die europäische Regionalpolitik setzt die Solidarität zwischen den europäischen Völkern in die Praxis um. Die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts durch Abbau der regionalen Entwicklungsunterschiede ist ein grundlegendes, im Vertrag festgelegtes Ziel der EU. Zur Verwirklichung dieses Zieles wird mehr als ein Drittel des EU-Haushalts für den Zeitraum 2007–2013 eingesetzt. Die kohäsionspolitischen Investitionen konzentrieren sich zwar auf ärmere Regionen, damit diese schneller den Anschluss an den EU-Durchschnitt finden. Jedoch haben sie auch spürbare Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit aller Regionen und auf die Lebensbedingungen ihrer Bewohner.

Globalisierung, Klimawandel, Überalterung der Bevölkerung, externe Einwanderung oder die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung sind Herausforderungen für ganz Europa, die keine Rücksicht auf nationale, institutionelle oder politische Grenzen nehmen. Europa muss gemeinsame Lösungen für diese Herausforderungen finden, und die Zusammenarbeit muss auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene klappen. Die Herausforderungen haben einen unmittelbaren Einfluss auf die regionalen und lokalen Gemeinschaften und erfordern ein gemeinsames Vorgehen von öffentlichen und privaten Partnern, um sowohl machbare als auch integrierte Lösungen zu finden.

Der strategische Mehrwert der Kohäsionspolitik geht über Wachstum und Beschäftigung hinaus. Sie „macht sich bezahlt“ und stellt nebenbei die Einhaltung anderer Gemeinschaftspolitiken sicher – sei es im Bereich staatlicher Beihilfen oder auch in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Förderung von Innovation und Informationsgesellschaft. Nicht zuletzt trägt sie zur Verbesserung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen bei und fördert Transparenz und gute Governance.

Es reicht nicht aus, die Bedürfnisse und Herausforderungen Europas einzig zu kartografieren. Die europäische Regionalpolitik hat das Potenzial, gemeinsame Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Dies zeigt sich an den abertausend Projekten der EU, der Mitgliedstaaten und der Regionen. Solche Projekte finden vielleicht gerade bei Ihnen um die Ecke statt. Ich hoffe, Sie mit Hilfe dieser Broschüre überzeugen zu können, dass Europa funktioniert.



Überblick: Eine Politik für die Regionen in Europa

Mehr Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen und Städte der Europäischen Union – das ist die Kernbotschaft der Kohäsionspolitik und ihrer Instrumente zwischen 2007 und 2013.

Über diese sieben Jahre hinweg wird sich die bis dato größte Investition der EU im Rahmen der Kohäsionspolitik auf 347,4 Mrd. Euro belaufen. Mit diesen Mitteln soll regionales Wachstum gefördert und ein Anreiz für mehr Beschäftigung geschaffen werden. Schätzungen zufolge könnten die kohäsionspolitischen Instrumente das Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten um durchschnittlich 6 % verbessern und ganze 2 Mio. neue Arbeitsplätze schaffen.

82 % der Gesamtzuweisungen werden auf **Konvergenzregionen** konzentriert, in denen 35 % der Bevölkerung der Union leben. In den restlichen Regionen werden rund 55 Mrd. Euro im Rahmen des Ziels „**Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung**“ zugewiesen. Weitere 8,7 Mrd. Euro werden im Rahmen des Ziels „**Europäische territoriale Zusammenarbeit**“ für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit bereitgestellt.

Die drei Ziele werden von drei Fonds gefördert, dem **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE), dem **Kohäsionsfonds** und dem **Europäischen Sozialfonds** (ESF).

Im Rahmen des **EFRE** werden EU-weit Programme in den Bereichen regionale Entwicklung, wirtschaftlicher Wandel, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und territoriale Zusammenarbeit gefördert, während der Schwerpunkt des **Kohäsionsfonds** auf Verkehrs- und Umweltinfrastrukturen sowie Energieeffizienz und erneuerbare Energie in Mitgliedstaaten mit einem Bruttonationaleinkommen (BNE) von weniger als 90 % des EU-Durchschnitts liegt.

Die Maßnahmen des EFRE werden im Rahmen des Konvergenzziels vor allem die Stärkung der Infrastruktur, der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Forschung und Innovation sowie der nachhaltigen regionalen Entwicklung betreffen. Im Rahmen des Ziels „Wettbewerbsfähigkeit“ verfolgt der EFRE drei Prioritäten: Innovation und wissenschaftsbasierte Wirtschaft, Umwelt und Risikoprävention sowie Zugang - außerhalb der großen städtischen Zentren - zu Verkehrs- und Telekommunikationsdiensten.

Der **ESF** wird sowohl unter dem Ziel „Konvergenz“ als auch unter dem Ziel „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ die Vorwegnahme und Bewältigung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels unterstützen. In vier zentralen Bereichen muss gehandelt werden: Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmen, Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Mitbestimmung auf dem Arbeitsmarkt, Stärkung der sozialen Integration durch Bekämpfung von Diskriminierungen und Erleichterung des Zugangs zum



Arbeitsmarkt für benachteiligte Personen, Förderung von Reformen in den Bereichen Beschäftigung und soziale Eingliederung.

Der ESF wird sich im Rahmen des Konvergenzziels auch für die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, die Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung und den Aufbau institutioneller Kapazitäten einsetzen.

Im Folgenden werden die wichtigsten **Investitionsbereiche**¹ aller kohäsionspolitischen Programme und ihre relativen Finanzierungsanteile dargestellt:

n Wissen und Innovation: Beinahe 83 Mrd. Euro (24 %) werden z. B. für Forschungszentren und Infrastruktur, Technologietransfer und Innovation in Unternehmen sowie für die Entwicklung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien ausgegeben.

n Verkehr: Rund 76 Mrd. Euro (22 %) sind der Verbesserung der Anbindung der Regionen, der Förderung der transeuropäischen Verkehrsnetze und Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsmittel, insbesondere in Städten, zugewiesen worden.

n Umweltschutz und Risikoprävention: Investitionen in Höhe von circa 51 Mrd. Euro (19 %) werden zur Förderung der Infrastruktur im Bereich Wasseraufbereitung und Abfallentsorgung, zur Sanierung von Böden, um sie als neue Gewerbeflächen zu erschließen, und zum Schutz vor Umweltrisiken bereitgestellt.

n Humanressourcen: 76 Mrd. Euro (22 %) werden vom ESF für Fördermaßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und soziale Integration ausgegeben.

Andere Fördermaßnahmen beziehen sich auf die unternehmerische Initiative, Energienetze und -effizienz, Stadterneuerung und ländliche Entwicklung, Tourismus, Kultur und die Stärkung institutioneller Kapazitäten in den öffentlichen Verwaltungen.

Die rechtliche Grundlage der Finanzinstrumente bilden die **EU-Verordnungen**. Im Rahmen dieser Finanzinstrumente werden nationale, regionale und grenzüberschreitende Programme kofinanziert, die von nationalen und regionalen Behörden verwaltet werden. Die Kommission sowie die nationalen und regionalen Behörden sind gemeinsam für Kontrolle, Publizität und Bewertung der Programme verantwortlich.

Kurze Beschreibungen der 423 Programme, die zwischen 2007 und 2013 finanziert werden sollen, sind auf der Website der Europäischen Kommission abrufbar: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

¹ Bitte beachten Sie, dass die ausgewiesenen Investitionsbeträge auf Informationen der Mitgliedstaaten vom Herbst 2007 zurückgehen. Sie stehen für geplante Ausgaben und werden im Laufe der Zeit bis 2013 möglicherweise geändert.



Der neue Flughafen in Sofia, Bulgarien

Bulgarien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 6,9 Mrd. Euro
Konvergenz: 6,7 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
179 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Ausbau von Infrastruktur,
Humankapital und
Beschäftigung, Förderung
von Unternehmertegeist
in einem günstigen
Unternehmensumfeld und
auf der Grundlage guter
Governance sowie Förderung
einer ausgewogenen
territorialen Entwicklung

Ziele

Anhebung der realen BIP-
Wachstumsrate um 0,27 %
Schaffung von rund 36 700
Arbeitsplätzen

Gründe für eine europäische Regionalpolitik

Die Europäische Union erwirtschaftet 43 % ihres BIP auf nur 14 % ihrer Gesamtfläche – dem so genannten Fünfeck, das durch die Metropolen London, Hamburg, München, Mailand und Paris begrenzt wird. Hier lebt circa ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union.

Die wirtschaftlichen und sozialen **Unterschiede in Europa** sind von erheblichem Ausmaß und wurden durch die jüngsten Erweiterungen noch deutlich verschärft. Luxemburg, der im Hinblick auf das Pro-Kopf-Einkommen wohlhabendste Mitgliedstaat, ist heute sieben Mal reicher als der ärmste, nämlich Rumänien.

Auf **regionaler Ebene** sind die Unterschiede noch gravierender. Die reichste Region ist Inner London mit 290 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU, während Nord-Est in Rumänien die ärmste Region ist, mit 23 % des EU-Durchschnitts. Das BIP liefert zwar kein völlig exaktes Bild der Lebensstandards, weil es die relativen Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt, aber dennoch vermittelt es eine Vorstellung der bestehenden Unterschiede.

Die beobachteten Muster sind mit Staaten wie China und Indien vergleichbar: In beiden Ländern liegt das Pro-Kopf-BIP

der reichsten Region um das Siebenfache über dem der am wenigsten entwickelten Region. In den USA beträgt dieser Unterschied nur das Zweieinhalbfache und in Japan lediglich das Zweifache.

Europa ist mehr als nur ein gemeinsamer Markt. Die Europäische Union beruht auf gemeinsamen Werten und Strategien, die von ihren Mitgliedstaaten zum Wohle der Menschen vereinbart werden. Die europäische Regionalpolitik setzt die **Solidarität** zwischen den europäischen Völkern in die Wirklichkeit um. Gleichzeitig stärkt sie die **Wettbewerbsfähigkeit** der europäischen Wirtschaft als Ganzes.

Sie trägt zur Verwirklichung eines der im EG-Vertrag verankerten, grundlegenden Ziele bei: wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, indem die regionalen Unterschiede abgebaut und die Vorteile des gemeinsamen Marktes gerechter auf das EU-Gebiet verteilt werden.

Über **ein Drittel des EU-Haushalts** wird derzeit für die Finanzinstrumente der europäischen Kohäsionspolitik, d. h. für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Sozialfonds verwendet. Die für diese Instrumente für den Zeitraum 2007-2013 aufgewandten Mittel werden sich insgesamt auf 347,4 Mrd. Euro belau-



Neue Straßen in Estland: die Via Baltica-Autobahn

Estland

Zugewiesene Mittel 2007-2013

Insgesamt: 3,45 Mrd. Euro
Konvergenz: 3,4 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
52 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Investition in Bildung,
Forschung und
Innovation, bessere
Verbindungsmöglichkeiten,
verantwortungsbewusster
Umgang mit der Umwelt,
ausgewogene Entwicklung
der Regionen und Ausbau der
Verwaltungskapazitäten

Ziele

Anhebung der
Beschäftigungsquote auf 72 %
(von 64,4 % im Jahr 2005)
Anhebung der
Forschungsinvestitionen der
Unternehmen
(von 0,42 % auf 1,6 % des BIP)
Anhebung der Zahl der
Haushalte mit Internet-
Zugang auf 70 %
(von 36 % im Jahr 2005)
Anhebung der
Wiederverwertungsrate bei
festen Abfällen auf 60 %
(von 36,6 % im Jahr 2005)
Bis 2010 soll der
Primärenergieverbrauch
auf dem Niveau von 2003
gehalten werden

fen. 82 % davon sollen in die ärmsten Regionen der EU investiert werden. Der geschaffene **Mehrwert** der europäischen Kohäsionspolitik ist beträchtlich:

- n Die Kohäsionspolitik fördert dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Humanressourcen sowie Modernisierung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaft und trägt zu **mehr Wachstum und Beschäftigung** in den ärmeren Mitgliedstaaten und Regionen bei.
- n Die geförderten Mitgliedstaaten und Regionen können überdurchschnittliche Leistungen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung erzielen und den Anschluss an den EU-Durchschnitt schneller finden als ohne kohäsionspolitische Investitionen.
- n Kohäsionspolitik „macht sich bezahlt“ und stellt nebenbei die **Einhaltung anderer Gemeinschaftspolitiken** sicher – sei es im Bereich staatliche Beihilfen, Umwelt, Verkehr, Förderung von Innovation oder Informationsgesellschaft. Sie trägt zur Verbesserung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen bei und fördert Transparenz und gute Governance.

In der Vergangenheit konnten die Mitgliedstaaten und Regionen, die am stärksten von der europäischen Regionalpolitik profitieren, schneller aufschließen und sogar Wachstumsraten über dem EU-Durchschnitt erzielen. In den nächsten Jahren wird sich diese **Erfolgsgeschichte** in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, fortsetzen.

Ganz Europa steht jetzt jedoch vor **neuen Herausforderungen**. Globalisierung, Klimawandel oder Überalterung der Bevölkerung machen vor nationalen, institutionellen oder politischen Grenzen nicht Halt. Sie haben einen unmittelbaren Einfluss auf die regionalen und lokalen Gemeinschaften und können unterschiedliche Ausmaße annehmen.

Die europäische Wettbewerbsfähigkeit hängt nicht nur von Politik, einzelnen Mitgliedstaaten oder Regionen ab. Wirtschaftlicher Erfolg ist ein gesellschaftlicher Prozess, der enge Zusammenarbeit erfordert. Die europäische Regionalpolitik hat das Potenzial, gemeinsame Herausforderungen in Chancen zu verwandeln. Sie verfolgt das Konzept der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei Maßnahmen der EU. Sie werden an der Gestaltung und Umsetzung regionaler Entwicklungsstrategien und lokaler Projekte zum Nutzen ganz Europas beteiligt.



Stadterneuerung in Nikosia, Zypern

Zypern

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 640 Mio. Euro
Konvergenz: 213 Mio. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 399 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
28 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Stärkung der Wirtschaft,
Unterstützung der
Unternehmen,
Wissensgesellschaft
und Förderung von
Forschung und Innovation,
Humanressourcen,
Beschäftigung und
sozialer Zusammenhalt,
Modernisierung der
Umwelt-, Verkehrs- und
Energieinfrastruktur sowie
Schaffung zukunftsfähiger
Gemeinden

Ziele

Anhebung der jährlichen
Wachstumsrate des BIP von
3,8 % auf 4,2 %
Anhebung der
Beschäftigungsquote von
68,5 % auf 71 %
Erhöhung der Investitionen
in FuE auf 1 % des nationalen
BIP bis 2010
Ausbau der Nutzung
öffentlicher Verkehrsmittel
von 2 % auf 10 %

Wie sie funktioniert

Partnerschaften in allen Regionen der Europäischen Union, Planung und gute Governance sind die Erfolgsfaktoren für eine möglichst dynamische und effektive regionale Entwicklung.

Die europäische Regionalpolitik und ihre Instrumente und Programme werden von den jeweiligen nationalen und regionalen Regierungen **weitgehend dezentral verwaltet**. Die EU legt einen gemeinsamen Rahmen fest, und die Mitgliedstaaten und Regionen bestimmen die vorrangigen Ziele ihrer Gebiete, die in den Genuss von EU-Mitteln kommen.

Jedes Programm wird jedoch in einem kollektiven Prozess entwickelt, an dem Behörden auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene, Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft beteiligt sind. Dieser Prozess erteilt jedem Partner die **Verantwortung** für das jeweilige Entwicklungsprogramm und sorgt für die optimale Anpassung der Programme an die jeweilige Region. Die EU-Maßnahmen werden von Ausschüssen begleitet, in deren Rahmen die Partner an Gestaltung, Verwaltung und Überwachung der Programme beteiligt werden.

Für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 müssen die Mitgliedstaaten und Regionen „**Nationale strategische Rahmenpläne**“ sowie nationale und regionale „**Operationelle Programme**“ erstellen. In EU-Verordnungen und in den „Strategischen

Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft“ werden die gemeinsamen Regeln für die Fondsverwaltung festgelegt, wobei die übergreifenden Prioritäten der Agenda für Wachstum und Beschäftigung berücksichtigt werden – nämlich ein Raum mit hohem Wachstum sowie mehr und besseren Arbeitsplätzen zu werden.

Insgesamt sollen 423 operationelle Programme und circa 900 Großprojekte durchgeführt werden. Die Projektauswahl erfolgt letztendlich durch die nationalen und regionalen Behörden, die bei Fragen wie Entscheidungen über Großprojekte, Kontrolle, Publizität und Bewertungsstandards mit der Europäischen Kommission zusammenarbeiten.

Die praktische Umsetzung dieser Programme ist nicht immer einfach, d. h. sie müssen gut geplant werden. Zu diesem Zweck sind die **strategischen Kohäsionsleitlinien** entwickelt worden. In den Leitlinien werden gemeinsame, von allen Programmen zu erreichende Ziele festgelegt. Aufwendungen müssen Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Innovation, der Informationsgesellschaft, nachhaltiger Entwicklung, Energieeffizienz und Humanressourcen zugewiesen werden. In „Konvergenzregionen“ müssen diesen Prioritäten 60 % der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zugewiesen werden, in allen anderen Regionen 75 %.



Neue Rohre für die Wasser-/Abwasserinfrastruktur, Litauen



Litauen

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 6,9 Mrd. Euro
Konvergenz: 6,78 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 109 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Produktivitätszuwachs
durch eine wissens- und
innovationsbasierte
Wirtschaft, Verbesserung der
Wettbewerbsfähigkeit und
Erhöhung der Lebensqualität

Ziele

Anhebung der
Erwerbstätigenquote von
61,2 % auf 70 %
Erhöhung der Investitionen in
Forschung von 0,76 % auf 2,2
% des BIP

In den Leitlinien werden auch einige andere wichtige Themen aufgegriffen. Die Programme sollten den Schwerpunkt ihrer Investitionen auf Bereiche mit hohem Wachstumspotenzial legen, auf Wachstums- und Beschäftigungsmotoren wie Innovation und Bildung; die Programme sollten umfassende, mittelfristige Entwicklungsstrategien umsetzen, zur transeuropäischen Infrastruktur und zur ökologischen Nachhaltigkeit beitragen und zusätzliche Mittel mobilisieren. Außerdem sollten sie Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Regierungsebenen und mit anderen Beteiligten ausbauen.

Jedes **operationelle Programm** beruht auf verschiedenen Prioritäten mit entsprechenden Zielen, die von den Entwicklungszielen des einzelnen Mitgliedstaats oder der Region abhängen. Maßnahmen werden diesen Prioritäten unterstellt und Kriterien für die Auswahl von Projekten damit festgelegt. Potenzielle Begünstigte sowie die Öffentlichkeit müssen über die Kriterien und die ausgewählten Projekte informiert werden.

Die operationellen Programme werden von den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU kofinanziert. Die Fonds können zwischen 50 % und 85 % der Gesamtfinanzierung übernehmen, je nachdem, unter welches Ziel der Kohäsionspolitik eine Region oder ein Mitgliedstaat fällt. Die restlichen Mittel können aus öffentlichen (nationalen und regionalen) oder privaten Quellen stammen.

In jedem operationellen Programm werden sowohl Förderfähigkeit als auch Kofinanzierungssätze genau festgelegt.

Nach einer Vorschusszahlung leistet die EU auf der Grundlage von Abschlüssen, die von den nationalen oder regionalen Behörden bestätigt werden, Zwischenzahlungen. Können die Abschlüsse nicht bestätigt werden oder wenn die Finanzverwaltungsverfahren nicht eingehalten werden, kann die EU die **Finanzierung** beenden oder bereits gezahlte Beträge wieder einfordern.

Für den aktuellen Programmplanungszeitraum können regelmäßige Zahlungen bis Ende 2015 erfolgen.

Ein erster, entscheidender Schritt ist die strategische und kohärente Planung auf allen Ebenen. Aber auch die besten Pläne sind ohne **gute Governance** nichts wert. Aus diesem Grund müssen die institutionellen Kapazitäten sowie die Leistungsfähigkeit und Transparenz der öffentlichen Verwaltung in den Mitgliedstaaten und Regionen verbessert werden. Kohäsionspolitische Instrumente können den Aufbau von Kapazitäten fördern – insbesondere in den Konvergenzregionen. Die Europäische Kommission erleichtert den Austausch von bewährten Praktiken im Bereich der Fondsverwaltung durch die Bereitstellung von Informationen, Seminare und Networking.



Neue Zufahrt zum Flughafen Riga in Lettland

Lettland

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 4,6 Mrd. Euro
Konvergenz: 4,5 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
90 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung und
effiziente Nutzung der
Humanressourcen,
Verbesserung der
Wettbewerbsfähigkeit und
Fortschritte hin zu einer
wissensbasierten Wirtschaft,
Verbesserung der öffentlichen
Dienste und der Infrastruktur
als Voraussetzung für eine
ausgewogene nationale und
territoriale Entwicklung

Ziele

Beibehaltung einer jährlichen
BIP-Wachstumsrate von 6-8 %
(11,9 % im Jahr 2006)
Anhebung der
Beschäftigungsquote
auf 70 % (66,3 % im Jahr
2006) und Senkung der
Arbeitslosenquote auf unter 6
% (6,5 % im Jahr 2006)
Erhöhung der Investitionen in
Forschung und Entwicklung
auf 1,5 % des BIP, von 0,57 %
im Jahr 2005
Erhöhung des Anteils der
20- bis 24-Jährigen mit
Sekundarabschluss II auf 85 %
(2005: 79,9%)
Anhebung der
Anschlussquote der
Haushalte an öffentliche
Abwasseranlagen auf 62 %
(2004: 9 %)

Wer bekommt wie viel und wofür?

Die EU-Investitionen im Bereich Kohäsionspolitik sind sehr stark an den Gedanken der Solidarität zwischen mehr und weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten gebunden.

Den ärmeren Mitgliedstaaten das Aufholen zu erleichtern, bedeutet natürlich, dass die reicheren Mitgliedstaaten einen höheren Beitrag zum EU-Haushalt leisten müssen, als sie wieder herausbekommen. Andererseits ist **Solidarität** aber auch keine Einbahnstraße. Moderne Infrastruktur und Produktion, nachhaltige Nutzung der Ressourcen und bessere allgemeine und berufliche Bildung der Menschen in ärmeren Regionen haben auch Vorteile für die Menschen und Volkswirtschaften reicherer Länder.

Im Zeitraum von 2007 bis 2013 werden EFRE, Kohäsionsfonds und ESF zur Verwirklichung von drei Zielen beitragen: Konvergenz (EFRE, ESF und Kohäsionsfonds), Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (EFRE, ESF) sowie Europäische territoriale Zusammenarbeit (EFRE).

Regionen, deren BIP unter 75 % des EU-Durchschnitts liegt, sind im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ förderfähig. Die restlichen Regionen haben im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ Zugang zu Förderungen. Die geographische **Förderwürdigkeit** der Regionen im

Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ gilt entweder für Grenzregionen oder Regionen in transnationalen Kooperationsgebieten.

Ziele, förderfähige Regionen und Zuweisungen:

n Konvergenz: In der EU-27 betrifft dieses Ziel 84 Regionen – in 17 Mitgliedstaaten – mit einer Bevölkerung von 154 Mio. Menschen, deren BIP pro Kopf weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt, und auf einer „Auslaufbasis“ weitere 16 Regionen mit 16,4 Mio. Einwohnern, deren BIP wegen des statistischen Effekts der erweiterten EU nur geringfügig über diesem Schwellenwert liegt. Der im Rahmen des Konvergenzziels verfügbare Betrag beläuft sich auf 282,8 Mrd. Euro, was 81,5 % des Gesamtbetrags darstellt und sich folgendermaßen aufteilt: 199,3 Mrd. Euro für die Konvergenzregionen, wobei 13,9 Mrd. Euro den „Auslaufregionen“ und 69,6 Mrd. Euro dem Kohäsionsfonds vorbehalten sind. Letzterer betrifft 15 Mitgliedstaaten.

n Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Insgesamt sind 168 Regionen in 19 Mitgliedstaaten mit 314 Mio. Einwohnern förderfähig. Unter diesen finden sich 13 so genannte „Phasing-in-Regionen“ mit 19 Mio. Einwohnern.



Straßenbaustelle, Polen

nern, die besondere finanzielle Zuweisungen aufgrund ihres früheren Status als Ziel-1-Regionen erhalten. Der Betrag von 54,9 Mrd. Euro – wovon 11,4 Mrd. Euro für die Phasing-in-Regionen bestimmt sind – liegt knapp unter 16 % der Gesamtzuweisung.

n Europäische territoriale Zusammenarbeit: Die in grenzübergreifenden Regionen lebende Bevölkerung beläuft sich auf 181,7 Mio. Einwohner (37,5 % der gesamten EU-Bevölkerung), wobei alle EU-Regionen und Bürger mindestens von einem der derzeit bestehenden 13 transnationalen Kooperationsgebiete abgedeckt werden. Die für dieses Ziel verfügbaren

Mittel in Höhe von 8,7 Mrd. Euro (2,5 % der Gesamtzuweisung) teilen sich wie folgt auf: 6,44 Mrd. Euro für grenzübergreifende, 1,83 Mrd. Euro für transnationale und 445 Mio. Euro für interregionale Zusammenarbeit und Netzwerke.

Die **Methode zur Berechnung** der Zuweisungen ist in den EU-Verordnungen über die kohäsionspolitischen Instrumente festgelegt. Sie unterscheidet zwischen den drei Zielen, und die endgültige Verteilung hängt vom relativen regionalen und nationalen Wohlstand, den Bevölkerungszahlen und der Arbeitslosigkeit ab. Die Finanzierung ist auf maximal 4 % des Bruttoinlandsprodukts eines Mitgliedstaates begrenzt.

Ziele, Strukturfonds, Instrumente 2007-2013

Ziele	Strukturfonds und Instrumente		
Konvergenz	EFRE	ESF	Kohäsionsfonds
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	EFRE	ESF	
Europäische territoriale Zusammenarbeit	EFRE		

Polen

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 67,3 Mrd. Euro
Konvergenz: 66,55 Mrd. Euro
Europäische territoriale Zusammenarbeit: 731 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, Qualifizierungsmaßnahmen, Modernisierung der Infrastruktur, Förderung wettbewerbsfähiger und innovativer Unternehmen, Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung des ländlichen Raums

Ziele

Schaffung von 3,5 Mio. Arbeitsplätzen, um die Beschäftigungsquote bis 2013 auf 60 % anzuheben (52,8 % im Jahr 2005). Erhöhung der Aufwendungen für Forschung und Innovation auf 1,5 % des BIP (im Vergleich zu derzeit 0,57 %) Verdreifachung der Länge des Autobahnen- und Schienennetzes Anhebung des Anteils der erneuerbaren Energieträger auf 8,5 % (2,9 % im Jahr 2005) Erhöhung des Pro-Kopf-BIP von 51 % im Jahr 2006 auf 65 % des EU-Durchschnitts



Telekommunikationspark in Valencia, Spanien

Spanien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 35,2 Mrd. Euro
Konvergenz: 26,2 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 8,5 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
559 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Der Standort soll für
Investitionen und
Arbeitskräfte attraktiver
werden. Förderung von
Wissen und Innovation
für stärkeres Wachstum
sowie mehr und bessere
Arbeitsplätze.

Ziele

Anhebung der
Beschäftigungsquote von
63,3 % im Jahr 2005 auf 70 %
bis 2013
Erhöhung der Investitionen
in Forschung und Innovation
von 1,06 % auf 2 % des BIP
Beitrag zur Senkung der CO₂-
Emissionen um 15 %

Anziehung von Investoren

Die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) und die Anziehung von Auslandsinvestitionen sind die wichtigsten Instrumente der Kohäsionspolitik zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft.

Die Anziehung von Investoren und die Verbesserung der Produktionskapazitäten der Regionen sind von entscheidender Bedeutung, um ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verbessern und den Regionen mit Entwicklungsrückständen beim Aufholen zu helfen. In der EU werden jährlich rund 1,2 Mio. Unternehmen gegründet - circa 10 % aller bestehenden Unternehmen. Allerdings überlebt nur die Hälfte die ersten fünf Jahre. Und es gibt große Unterschiede innerhalb der EU – so sind zum Beispiel in Italien, Spanien und im Vereinigten Königreich doppelt so viele Neugründungen zu verzeichnen als im EU-Durchschnitt.

Die europäische Kohäsionspolitik liefert einen **wichtigen Beitrag zu den Gesamtinvestitionen**, insbesondere in den unter dem Ziel Konvergenz förderfähigen Mitgliedstaaten, wo sie bis zu 20 % der gesamten Bruttoanlageinvestitionen ausmachen können. Die Struktur- und Kohäsionsfonds legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Gründung oder Modernisierung von KMU – d. h. von Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. Euro.

KMU sind die wahren **Riesen der europäischen Wirtschaft** – 99 % der Unternehmen in der Europäischen Union sind KMU. Sie stellen zwei Drittel der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten beherrschen den Arbeitsmarkt in Ländern wie Italien (47 %) und Polen (41 %), während der Anteil großer Unternehmen an der Gesamtbeschäftigung im Vereinigten Königreich nur 46 % beträgt.

KMU fällt es dennoch häufig schwer, Zugang zu Kapital und Wissen zu erhalten, und es mangelt ihnen oft an Erfahrung. Mit Hilfe der europäischen Regional- und Kohäsionspolitik sollen diese Schwierigkeiten überwunden werden, indem „substantielle“ Maßnahmen wie Direktinvestitionen mit „weichen“ Maßnahmen wie Unternehmensunterstützung, Weiterbildung, innovatives Umfeld, Finanzierungsinstrumente, Technologietransfer und dem Aufbau von Netzwerken und Clustern kombiniert werden.

Die EU-Mitgliedstaaten und insbesondere die im Jahr 2004 beigetretenen sind bei der **Anziehung von Auslandsinvestitionen** relativ erfolgreich. Aber auch hier gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. In Estland lagen die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) zwischen 1998 und 2005 beispielsweise bei 11 % des Bruttoinlandsprodukts, in Bulgarien und in der Tschechischen Republik hingegen bei 9 %, in Ungarn und in der Slowakei bei 6-7 %, in



Innovative Grafikindustrie bei Broygrafiska, Schweden



Schweden

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 1,9 Mrd. Euro

Regionale

Wettbewerbsfähigkeit und

Beschäftigung: 1,6 Mrd. Euro

Europäische territoriale

Zusammenarbeit: 265 Mio.

Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung von Innovation

und Unternehmergeist,

Verbesserung der

Qualifikationen und des

Arbeitskräfteangebots,

Verbesserung der Anbindung

und der grenzübergreifenden

Zusammenarbeit

Ziele

Schaffung von mindestens 33

800 neuen Arbeitsplätzen

Gründung von 12 800 neuen

Unternehmen

Schaffung von Aus- und

Weiterbildungsmöglichkeiten

für über 300 000 Personen

Lettland, Litauen, Polen und Rumänien bei 4-5 % und in Slowenien bei 2 %. Ein weiteres Problem besteht darin, dass sich ADI häufig stark auf Hauptstädte und deren Umgebung konzentrieren, was die regionalen Unterschiede eher noch verschärft, anstatt sie zu abzubauen.

Die Motive für **Investitionen in eine bestimmte Region** liegen im Zugang zu neuen Märkten, in der Nähe zum Herkunftsland des Investors, in einer gemeinsamen Sprache, in niedrigen Körperschaftssteuern und in der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Die Regionalpolitik kann nicht alle Faktoren ändern, aber sie kann in anderen Bereichen etwas bewegen, die die Attraktivität einer Region erhöhen können – Anbindung, Ausbildung der Arbeitskräfte, Informations- und Kommunikationstechnologien, Infrastruktur und Ausgaben im Bereich Forschung und Innovation.

Zwischen 2007 und 2013 werden kohäsionspolitische Programme folgende Bereiche

fördern:

n **Direktinvestitionen in Unternehmen**

insbesondere in solche, die in den Bereichen Forschung und Innovation, Technologietransfer oder umweltfreundliche Produktion tätig sind. Rund 42,8 Mrd. Euro (12 % der Gesamtzusweisungen) sind auf diese Bereiche ausgerichtet.

n **Unternehmergeist**

durch die Erbringung von Dienstleistungen, Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern, Unternehmen und Unternehmern, Informations- und Kommunikationstechnologien. Rund 44,7 Mrd. Euro (13 % der Gesamtzusweisungen) sind hierfür vorgesehen.

n **Humankapital**

und Zugang zu Beschäftigung. 48,8 Mrd. Euro (14 % der Gesamtzusweisungen) werden zur Anhebung des Qualifikationsniveaus der regionalen und lokalen Arbeitskräfte aufgewendet.



Brücke zwischen Spanien und Portugal über den Guadiana in der Algarve

Portugal

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 21,5 Mrd. Euro
Konvergenz: 20,47 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 938 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
99 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Verbesserung der
Qualifikationen der
Arbeitnehmer, Förderung
nachhaltigen Wachstums,
Sicherung des sozialen
Zusammenhalts, Sicherung
der Entwicklung des
ländlichen Raums und der
Städte, Verbesserungen im
Bereich von Governance

Ziele

Erhöhung des Angebots
berufsbildender Kurse im
Sekundarbereich auf 50 %, um die sehr hohe Zahl der
Schulabbrecher zu senken (38 % im Jahr 2005).
Anhebung des Anteils der
Mittel- und Hochtechnologie
an der Wertschöpfung des
verarbeitenden Gewerbes
von derzeit 3,4 % auf 6,2 % im
Jahr 2010
Anhebung des Anteils der
privaten und öffentlichen
Investitionen in Forschung
und Technologie am BIP (auf
0,8 % bzw. 1 % im Jahr 2010)

Schaffung von besseren Verkehrsverbindungen

Die Verkehrsinfrastruktur gehört zu den sichtbarsten Beispielen dafür, was mit Beihilfen aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds erreicht werden kann.

Die Verbesserung der Anbindung ist für die Stärkung der regionalen Wirtschaften sowie für Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Verkehrspolitik der Europäischen Union fördert **nachhaltige Mobilität** für Personen und Güter und sorgt so für Effizienz, Sicherheit und Minimierung der negativen Umweltauswirkungen. Es wird eine Reihe von Maßnahmen in Bereichen wie Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-T), Luftfahrt, Straßen-, Schienen-, See- und Nahverkehr sowie Binnenschifffahrt, multimodaler Verkehr, Vorschriften bezüglich Sicherheit und staatliche Beihilfen durchgeführt.

Der Kohäsionsfonds und insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) haben einen großen Beitrag zur Modernisierung der Verkehrsinfrastrukturen in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen geleistet. Dies wird sich auch im Zeitraum 2007-2013 nicht ändern.

Die Aufwendungen für den Verkehr werden rund 76 Mrd. Euro (22,2 % der Gesamtzuweisungen) betragen. Besonderer Schwerpunkt werden TEN-T-Projekte sein, mit mehr als 38 Mrd. Euro, die im Zeitraum 2000-2006 aufgewendet

wurden (15 % der Gesamtzuweisungen). Es soll in Verkehrsstrategien auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene investiert werden, die ein Gleichgewicht zwischen Straße, Schiene und nachhaltigen Verkehrsmitteln schaffen. Die Zusammenhänge zwischen Kohäsions- und Verkehrspolitik werden in Leitlinien, die Garant für die Qualität der Projekte sind, und in eine Reihe von Prioritäten übertragen:

30 TEN-T-Projekte von europäischem Interesse, die in den Mitgliedstaaten und Regionen durchgeführt werden und die im Rahmen des Konvergenzziels förderfähig sind. Besondere Aufmerksamkeit gilt grenzübergreifenden Projekten.

Investitionen in **Sekundärverbindungen** im Rahmen einer integrierten regionalen Verkehrs- und Kommunikationsstrategie

Eisenbahninfrastruktur

Ökologisch nachhaltige Verkehrsnetze

Verbesserung der **Anbindung** isolierter Gebiete an das transeuropäische Netz

Hochgeschwindigkeitsseewege

Die Investitionen im Bereich Verkehr, die zwischen 2007 und 2013 im Rahmen der Kohäsionspolitik erfolgen sollen, werden sich in erster Linie auf die Konvergenzregionen konzentrieren. Die Verteilung gestaltet sich wie folgt:



Die Belfast-Eisenbahn, Dublin, Irland



Irland

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 901 Mio. Euro
Regionale

Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 751 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 151 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Ausbau der wirtschaftlichen
Infrastruktur, Unternehmen,
Wissenschaft und Innovation,
Humankapital, soziale
Infrastruktur und soziale
Integration

Ziele

Förderung der
wirtschaftlichen Expansion
um 4-4,5 % pro Jahr in einem
günstigen internationalen
Wirtschaftsklima

n **TEN-T-Projekte** aller Verkehrsarten erhalten 38 Mrd. Euro (11 % aller kohäsionspolitischen Investitionen). Rund die Hälfte wird für Straßeninfrastruktur und die andere Hälfte für Eisenbahninfrastruktur aufgewendet.

n Beinahe 41 Mrd. Euro (12 % der Gesamtzuweisungen) werden für die **Straßeninfrastruktur** zur Verfügung gestellt, darunter TEN-T sowie nationale, regionale und lokale Straßen.

n Für **Eisenbahninfrastruktur** werden insgesamt 23,6 Mrd. Euro (6,8 %) ausgegeben, einschließlich TEN-T-Projekte.

n Sonstige Zuweisungen sind auf folgende Bereiche ausgerichtet: **Häfen und Binnenwasserstraßen**: 4,1 Mrd. Euro (1,2 %); **multimodaler Verkehr** und intelligente Verkehrssysteme: 3,3 Mrd. Euro (1 %); **Flughäfen**: 1,9 Mrd. Euro (0,5 %); **Nahverkehr**: 1,9 Mrd. Euro (0,5 %).

TEN-T soll für die Interoperabilität und Verknüpfung aller Verkehrsmittel und -wege sorgen. Die EU hat 1996 Leitlinien verabschiedet, die die Ziele und Prioritäten definieren und Projekte von allgemeinem Interesse sowie Finanzinstrumente beinhalten.

Die Anzahl der vorrangigen Vorhaben wurde nach den jüngsten EU-Erweiterungen von 14 auf 30 ausgeweitet, und die Regeln für EU-Hilfen wurden abgeändert, um vorrangige Vorhaben mit Abschnitten, die grenzüberschreitend sind oder die Überquerung natürlicher Hindernisse ermöglichen, stärker fördern zu können. Ein Ausbau der Netze wird die Reisezeit von Passagieren und die Transportzeit von Waren durch einen geschätzten Rückgang der Verkehrsstaus um 14 % und eine Verbesserung der Schienenwege verkürzen. Es wird erwartet, dass der CO₂-Ausstoß um jährlich 6,3 Mio. Tonnen gesenkt werden kann.



INTECHMER: Erforschung der biologischen Verunreinigung der Meeresumwelt, Cherbourg, Normandie, Frankreich

Frankreich

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 14,3 Mrd. Euro
Konvergenz: 3,2 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 10,2 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
872 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Verbesserung der
Wettbewerbsfähigkeit,
Förderung und Sicherung von
Beschäftigung, Humankapital,
Steigerung der Attraktivität
der Regionen und
Investition in Beschäftigung,
Gewährleistung von sozialer
Integration, territoriale
Entwicklung und nachhaltige
Entwicklung, Innovation und
wissensbasierte Wirtschaft,
Weiterbildung, Ausbau
der Informations- und
kommunikationstechnologien,
Umweltschutz,
Risikovermeidung und
Energiepolitik

Ziele

Erhöhung der privaten
Forschungsinvestitionen
(1,25 % des BIP im Jahr 2006)
und Annäherung an Standards
der Gemeinschaft im Bereich
Innovation
Senkung der Energieintensität
um 2 % pro Jahr bis
2015 und Senkung der
Treibhausgasemissionen um
durchschnittlich 3 % bis 2050

Innovative Regionen

Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum hängt zunehmend von der Wandlungs- und Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft ab. Das heißt, dass die Anstrengungen zur Schaffung eines Wirtschaftsumfelds, das Forschung, Entwicklung und Innovation fördert, beträchtlich gesteigert werden müssen. Dies spiegelt sich auch in der Kohäsionspolitik wider, die die für diese Priorität zur Verfügung stehenden Mittel erheblich angehoben hat.

Jüngste Statistiken bestätigen **große Unterschiede** zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Regionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovation. Im Jahr 2005 betrugen die Ausgaben im Bereich FuE durchschnittlich 1,84 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU-27. Kein gutes Ergebnis im Vergleich zu den USA (2,67 %) und Japan (3,2 %). Finnland und Schweden sind die einzigen Mitgliedstaaten, die über 3 % ihres BIP für FuE ausgeben, und nur 27 der 268 Regionen der EU erreichen dieses Niveau. Über 100 Regionen geben weniger als 1 % aus, darunter mehrheitlich Regionen in Südeuropa und in den neuen Mitgliedstaaten.

Drei Mitgliedstaaten – Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich – stehen zusammen für zwei Drittel der FuE-Ausgaben der EU. Die Regionen, die bei den

FuE-Ausgaben zu den ersten zehn gehörten, gaben im Jahr 2003 52,5 Mrd. Euro aus – über 25 % der gesamten EU-Ausgaben. Auf der positiven Seite ist jedoch auch zu sagen, dass die stärksten Zunahmen im Bereich der FuE-Ausgaben zwischen 2001 und 2004 in Estland (+ 19 %), Zypern (+ 18 %), Litauen (+ 14 %) und Spanien (+ 13 %) zu verzeichnen waren.

Folgende Maßnahmen können beispielsweise Innovation auf regionaler Ebene fördern: Investitionen in Infrastruktur, Ausrüstung und Anlagen; Stärkung der Verbindungen zwischen industriellen Entwicklungszonen und Forschungseinrichtungen; Unterstützung von Clustern, Exzellenzzentren, Wissenschafts- und Technologieparks; Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern; Bildung von Partnerschaften zwischen Ausbildungseinrichtungen und lokalen Technologieunternehmen.

Forschung und Innovation werden von den kohäsionspolitischen Instrumenten **im Zeitraum 2007-2013** mit Mitteln in Höhe von fast 60 Mrd. Euro (17,3 % des Gesamtbetrags) **gefördert**, eine Verdoppelung bzw. Verdreifachung der Finanzmittel, die FuE und Innovation im Rahmen der Ziele „Konvergenz“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum zugewiesen worden sind.^{rt}



Phileas: Innovation im Verkehrssektor, Niederlande



Niederlande

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 1,9 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 1,6 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
247 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung der
Wettbewerbsfähigkeit durch
Innovationsschwerpunkt,
Unternehmergeist,
Anziehungskraft
der Regionen und
Städte, besseres
Arbeitskräfteangebot,
Investition in Humankapital,
Zusammenarbeit mit den
Nachbarländern

Ziele

Beitrag zu den Ergebnissen
in den Bereichen Forschung
und technologische
Entwicklung, Innovation,
Unternehmergeist und
Informationsgesellschaft,
insbesondere in kleinen und
mittleren Unternehmen und
für Bürgerdienste
Beitrag zur Verbesserung des
Zugangs zu Beschäftigung
und Verbesserung der
Anpassungsfähigkeit der
Arbeitnehmer und der
Arbeitsproduktivität

Von diesem Betrag gehen 15,6 Mrd. Euro an Forschungseinrichtungen und -infrastruktur, 26,5 Mrd. Euro werden in Technologietransfer und in FuE sowie Innovation von Unternehmen investiert und 15 Mrd. Euro werden den Informations- und Kommunikationstechnologien zugewiesen.

Die Maßnahmen konzentrieren sich auf vier Bereiche: Der Ausbau der Zusammenarbeit sowohl der Unternehmen untereinander als auch der Unternehmen mit den öffentlichen Forschungseinrichtungen wird durch überregionale Cluster erfolgen. Die zweite Priorität ist die Förderung der Forschung und Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen. Drittens soll die regionale, grenzübergreifende und transnationale Zusammenarbeit angekurbelt und viertens sollen Infrastrukturen für den Kapazitätsaufbau sowie Humankapital in Gebieten mit großem Wachstumspotenzial gefördert werden.

Umfassende Investitionen in Innovationsprogramme erfolgen in Ländern wie Spanien, Polen, Griechenland, der Tschechischen Republik, Ungarn, Portugal und der Slowakei. In Polen wird das nationale Programm „Innovative Wirtschaft“ zum

Beispiel im Rahmen des Strukturfonds in Höhe von 8,3 Mrd. Euro gefördert – dies entspricht über 12 % der gesamten nationalen Zuweisungen.

In Frankreich und den Niederlanden ist hingegen die Innovation der Schwerpunkt aller regionalen Programme. Rund die Hälfte der Gesamtausgaben sind darauf ausgerichtet. In Finnland konzentrieren sich alle regionalen Programme ebenfalls auf Innovation und verfolgen so das ausdrückliche Ziel der Dezentralisierung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung.

In vielen kleineren Mitgliedstaaten sind die Programme neben anderen Prioritäten wie Ausbau der Infrastruktur auch auf Innovation ausgerichtet. Dies trifft insbesondere auf Konvergenzländer wie die baltischen Staaten, Malta und Slowenien, aber auch Dänemark zu. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Innovation an Bedeutung verliert. Litauen plant zum Beispiel die Zuweisung von 8 % aller Mittel an Forschungsinfrastrukturen und weitere 8 % für die Informationsgesellschaft.



Zentrum für Umwelttechnologieressourcen: Esch-sur-Alzette, Luxemburg

Luxemburg

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 65 Mio. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 50 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
15 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung der Gründung
kleiner und mittlerer
Unternehmen
Revitalisierung der
Stadtzentren, die einen
wirtschaftlichen Wandel
vollzogen haben.
Förderung von Wissen und
Innovation, insbesondere in
öffentlichen und privaten
Forschungseinrichtungen
Anhebung der
Beschäftigungsquote,
insbesondere weiblicher und
älterer Arbeitskräfte

Ziele

Beitrag zur Erreichung des
Ausgabenziels in Höhe von
3 % des BIP für Forschung
und Entwicklung
(vorwiegend im privaten
Sektor) und zur Senkung des
CO₂-Ausstoßes im Einklang
mit den Kyoto-Zielen.

Grünes Licht für nachhaltiges Wachstum

Regionalpolitik muss nachhaltig sein – deshalb werden im Zeitraum 2007-2013 mehr Mittel denn je für umweltfreundliche Initiativen zur Verfügung gestellt. Die Umwelt kann ein Motor für Wirtschaftswachstum sein, entweder indem sie innovative, saubere Technologien unterstützt, effiziente Energienutzung fördert, den Öko-Tourismus ausbaut oder indem sie natürliche Lebensräume bietet, die die Anziehungskraft eines Gebiets steigern.

Alle politischen Strategien der Europäischen Union müssen nachhaltige Entwicklung und ein hohes Maß an Umweltschutz garantieren. Die rechtlichen Grundlagen und Leitlinien der Regionalpolitik besagen ebenfalls, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele Bestandteil dieser Politik sein müssen. Regionale Entwicklung kann nur dann nachhaltig sein, wenn sie Rücksicht auf die Umwelt nimmt.

Die EU-Regionalpolitik kann zur Nachhaltigkeit beitragen, indem sie umweltfreundliche Technologien sowie Initiativen in den Bereichen Verkehr, Energie und Infrastruktur fördert, die eine hohe Wasser-, Luft- und Bodenqualität gewährleisten. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten Umweltverträglichkeitsprüfungen durchführen und

Umweltbehörden und Öffentlichkeit bei der Umsetzung kohäsionspolitischer Programme konsultieren. Die Gesamthöhe der den Umweltprogrammen im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds zugewiesenen Mittel hat sich seit dem letzten Zeitraum verdoppelt und beträgt rund 100 Mrd. Euro – 30 % der Gesamtuweisungen. Die Hälfte dieses Betrags wird **Infrastrukturinvestitionen** in den Bereichen Wasseraufbereitung und Abfallbehandlung, Altlastensanierung, Verringerung der Umweltverschmutzung und Förderung von Naturschutz und Risikoprävention zugewiesen. Die andere Hälfte geht an umweltrelevante Investitionen in Bereiche wie Verkehrs- und Energiesysteme, Öko-Innovation, Umweltmanagement für Unternehmen, Erneuerung des städtischen oder ländlichen Raums und Öko-Tourismus. So sind zum Beispiel über 7 Mrd. Euro für die Unterstützung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern vorgesehen.

Der **Kohäsionsfonds** (der in Bulgarien, Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Spanien zum Einsatz kommt) ist die wichtigste Finanzquelle für umweltbezogene Infrastrukturprojekte (insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, Schienenverkehr sowie intermodale oder öffentliche



Förderung umweltfreundlicher Energiequellen: Sonnenkollektoren in Marstal, Fyns Amt, Dänemark



Dänemark

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 613 Mio. Euro
Regionale

Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 510 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 103 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Humanressourcen,
Innovation, verstärkte
Nutzung der
Informationstechnologien,
Unternehmergeist,
Steigerung der Attraktivität
der Regionen, Verbesserung
der Anpassungsfähigkeit
und Qualifikationen der
Arbeitnehmer.

Ziele

Erhöhung des
Fachkräfteanteils an der
Erwerbsbevölkerung
Mehr innovative
Unternehmen
Anhebung der
Verbreitungsrate von
Informations- und
Kommunikationstechnologien
in Unternehmen von 56 %
(2005) auf 75 %

Verkehrssysteme). Der Fonds fördert investitionsintensive Projekte und unterstützt diese Länder bei der Erreichung der europäischen Umweltstandards.

Alle europäischen Regionen werden zunehmend mit den Auswirkungen des **Klimawandels** sowie mit den neuen Herausforderungen in Bezug auf Energieversorgung und -effizienz konfrontiert. Diese werden je nach Region unterschiedlich ausfallen. 7 % der Unionsbevölkerung leben in hochwassergefährdeten Gebieten, während 9 % in Gebieten leben, in denen 120 Tage pro Jahr absolute Trockenheit herrscht. Die kumulierten Auswirkungen des Klimawandels werden in einigen europäischen Regionen ernsthafte Probleme für die Lebensqualität, den Tourismus und die Landwirtschaft nach sich ziehen.

Die Kohäsionspolitik kann bei der Förderung von Bemühungen zur Anpassung an den künftigen Klimawandel eine zentrale Rolle spielen. Dasselbe gilt auch für Bemühungen, die negativen Auswirkungen auf regionaler Ebene so gering wie möglich zu halten. Sie kann Öko-Innovation, Maßnahmen zum Schutz vor Umweltrisiken und grüne Unternehmen fördern. Außerdem kann sie die Marktchancen der Unternehmen in diesen Bereichen verbessern.

Die Entwicklung **erneuerbarer und alternativer Energiequellen** wird in einem bisher ungekannten Ausmaß von den neuen regionalpolitischen Programmen gefördert, was für die europäischen Unternehmen neue Chancen bietet, von den Programmen zu profitieren. Die Entwicklung von Technologien wie Wind, Sonnenenergie und Biomasse können der EU eine Spitzenposition verschaffen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Die zunehmende Abhängigkeit Europas von Energieimporten und die ständig wachsende Überlastung im Straßenverkehr und Luftraum verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Deshalb gehören Bereiche wie Anwendungen und Netzwerke für erneuerbare Energien, umweltfreundlichere Verkehrsmittel und umweltschonende Technologien zu den Kernprioritäten bei der Modernisierung der Produktion und der Senkung von Emissionen. Im Verkehrssektor sollte bei der ausgewogenen Verteilung der Zuwendungen auf Luft und Straßenverkehr einerseits, und Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Kurzstreckenseeverkehr andererseits auf die unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Mitgliedstaaten Rücksicht genommen werden.



Restaurierung des kulturellen Erbes von Malta

Malta

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 855 Mio. Euro
Konvergenz: 840 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 15 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung einer wachsenden,
wissensbasierten,
wettbewerbsfähigen
Wirtschaft, Steigerung
der Anziehungskraft
und Verbesserung der
Lebensqualität, Investition
in Humankapital und
Berücksichtigung der
regionalen Besonderheit von
Gozo.

Ziele

Heranführung des Pro-Kopf-
BIP an den EU-Durchschnitt
(69,2 % im Jahr 2005 auf 74 %
bis 2013)
Steigerung der nominalen
Exporte von Gütern und
Dienstleistungen zwischen
2007 und 2013 um 4 %, um die Ziele im Bereich
Wettbewerbsfähigkeit zu
erreichen.
Anhebung der
Beschäftigungsquote von
54,3 % im Jahr 2005 auf 57 %
bis 2013

Mehr Lebensqualität in Europas Städten

Die Städte symbolisieren die derzeitige zweifache Herausforderung der Europäischen Union: Wie kann die Wettbewerbsfähigkeit unter Erfüllung sozialer und ökologischer Bedürfnisse verbessert werden?

Die Städte sind zwar Europas Zentren für Wirtschaft, Innovation und Beschäftigung, aber sie stehen vor einer Reihe von Herausforderungen. Der Trend zur Suburbanisierung, die Konzentration von Armut und Arbeitslosigkeit in Stadtrandgebieten und zunehmende Verkehrsüberlastung sind komplexe Probleme, die einer integrierten, auf die lokalen Bedürfnisse maßgeschneiderten Lösung in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme bedürfen. Die europäische Regional- und Kohäsionspolitik widmet sich diesen Herausforderungen.

Die Politik soll die **Städte als Motoren der regionalen Entwicklung** fördern. Durch Förderung von unternehmerischer Initiative, Innovation und Entwicklung der Dienstleistungen werden sie noch attraktiver. Die Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Stadtteile, die Sanierung der physischen Umwelt, die Neuerschließung brachliegender Flächen und der Schutz des historischen und kulturellen Erbes tragen zu einer ausgewogenen Stadtentwicklung bei. Die

finanzielle Unterstützung eines umweltfreundlichen Nahverkehrs verbessert die Nachhaltigkeit der Städte.

Für den Zeitraum 2007 bis 2013 sind 21,1 Mrd. Euro für die **Stadtentwicklung** veranschlagt worden. Dies entspricht 6,1 % des gesamten EU-Haushalts für Kohäsionspolitik. Davon entfallen 3,4 Mrd. Euro auf die Sanierung von ehemaligen Industriestandorten und kontaminiertem Gelände, 9,8 Mrd. Euro auf Projekte zur Wiederbelebung städtischer und ländlicher Gebiete, 7 Mrd. Euro auf umweltfreundlichen Nahverkehr und 917 Mio. Euro auf die Wohninfrastruktur.

Investitionen in Infrastrukturen wie Forschung und Innovation, Verkehr, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Kultur haben ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Städte.

Durch einen **integrierten Ansatz** kann Kohäsionspolitik die Synergien zwischen verschiedenen politischen Bereichen nutzen und einen Dialog zwischen Behörden, Sozial- und Wirtschaftspartnern sowie Organisationen der Zivilgesellschaft herstellen.

Die neuen Verordnungen zur Kohäsionspolitik für 2007-2013 liefern die Instrumente zur Stärkung der städtischen Dimension in den neuen Programmen und betonen die notwendige Einbeziehung lokaler und regionaler Behörden in die Planung und Umsetzung von Programmen.



Das Altstadtzentrum in Telč, Tschechische Republik, ist ein großer Anziehungspunkt für Touristen.

Nationale und regionale Behörden können die Programmverwaltung vollständig oder teilweise lokalen Behörden übertragen, und andere private Organisationen sollten als Partner einbezogen werden.

Im Zeitraum 2007-2013 werden europäische Städte auf verschiedenste Art und Weise von kohäsionspolitischen Instrumenten, Initiativen und Mitteln profitieren:

- n Fragen der Stadtverwaltung sind weitgehend in die im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds geförderten **regionalen und nationalen Programme** aufgenommen worden.
- n Austausch von bewährten Praktiken und Vernetzung von Stadtplanern und anderen lokalen Experten im Rahmen des **URBACT-II-Programms**.
- n **JESSICA** (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in städti-

schen Gebieten) ist eine neue Initiative der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank und der Entwicklungsbank des Europarates. Sie fördert Finanzierungstechniken in den Bereichen nachhaltige Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in europäischen Stadtgebieten.

- n Das **Städte-Audit** liefert statistische Daten und Informationen über die Lebensbedingungen in 357 europäischen Städten in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in Norwegen, der Schweiz und der Türkei. Über 330 Indikatoren des Stadtlebens in Europa liefern Ergebnisse in den Bereichen Demografie, Wohnsituation, Gesundheit, Kriminalität, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsleben, Einkommensunterschiede, Lokalverwaltung, Bürgerbeteiligung, Bildungsabschlüsse, kulturelle Infrastrukturen und Tourismus.

Tschechische Republik

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 26,7 Mrd. Euro
Konvergenz: 25,9 Mrd. Euro
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: 419 Mio. Euro
Europäische territoriale Zusammenarbeit: 389 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation, Ausbau des nachhaltigen Tourismus, Bildung, Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt, Stärkung der Informationsgesellschaft, Bürokratieabbau, Verbesserung der Zugänglichkeit zu Verkehrsdiensten, nachhaltige Entwicklung des städtischen und ländlichen Raums

Ziele

Verbesserung der Wirtschaftsleistung auf das Niveau der EU-25
Anhebung der Beschäftigungsquote von 64,8 % im Jahr 2005 auf 66,8 %
Anhebung des Anteils von Forschung und Entwicklung am BIP von 1,42 % auf 2,2 % bis 2015



Ausbildung am Arbeitsplatz in Italien

Italien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 28,8 Mrd. Euro
Konvergenz: 21,6 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 6,3 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 846 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Ausbau von
Wissensnetzwerken,
Erhöhung des
Lebensstandards,
Sicherheit und soziale
Eingliederung, Förderung
von Unternehmensclustern,
Dienstleistungen
und Wettbewerb,
Internationalisierung
und Modernisierung der
Wirtschaft

Ziele

Beitrag zu einem
durchschnittlichen BIP-
Wachstum von 2,4 % bis
3,1 % pro Jahr in den
Konvergenzregionen
Anhebung der
Beschäftigungsquote von
knapp 45 % auf 50 % in
diesen Regionen

Investition in Menschen

Die EU braucht 24 Millionen weitere Arbeitsplätze, um das Ziel einer Beschäftigungsquote von 70 % erreichen zu können. Da die Überalterung der Bevölkerung ganz Europa betrifft, sind Beschäftigung und Qualifizierung der Arbeitskräfte noch wichtiger geworden.

Beschäftigungsraten, Qualifikationsniveau und Auswirkungen des demografischen Wandels unterscheiden sich stark zwischen den europäischen Regionen und erfordern maßgeschneiderte Antworten. Die Beantwortung der Frage, wie mehr und bessere Arbeitsplätze sowie qualifizierte Arbeitskräfte, die für künftige Herausforderungen gewappnet sind, erreicht werden können, ist deshalb für den Erfolg der Kohäsionspolitik entscheidend.

Zwischen 2007 und 2013 wird die Kohäsionspolitik 95 Mrd. Euro in Menschen investieren – 76 Mrd. Euro im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) und 19 Mrd. Euro im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

In den letzten Jahren hat die **Beschäftigung zugenommen**, und die Arbeitslosenquoten sind gesunken. Die Beschäftigungszunahme beträgt EU-weit rund 1 %, wodurch die Erwerbstätigenquote im Jahr 2005 auf 63,8 % angestiegen ist. Im selben Jahr ist die Arbeitslosenquote von 9,1 % im Vorjahr auf 8,7 % gesunken.

In weniger entwickelten EU-Regionen haben sich die regionalen Beschäftigungsquoten zwischen 2000 und 2005 einander angenähert und die Arbeitslosigkeit ist von 13,4 % auf 12,4 % gesunken. Allerdings lagen die Erwerbstätigenquoten in diesen Regionen im Jahr 2005 noch immer 11 % unter denen im Rest der EU.

Die Regionen müssen ihr Qualifikationsdefizit abbauen, um in einer globalisierten, wissensbasierten Wirtschaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Hinblick auf die Bildungsniveaus sind die Unterschiede zwischen den Regionen stärker ausgeprägt als zwischen den Ländern: In den **weniger entwickelten Regionen** der EU-27 hatten im Jahr 2005 nur 14 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einen Hochschulabschluss, im Vergleich zu 25 % in den entwickelteren Regionen.

Vorhersagen zufolge wird die **europäische Bevölkerung** ab 2020 zurückgehen. Zwischen 2000 und 2005 lag die Zuwachsrates der Bevölkerung bei 0,4 %. 86 % dieses Wachstums war auf Einwanderung zurückzuführen. Bereits heute erleben 85 EU-Regionen – vorwiegend in den neuen Mitgliedstaaten – einen absoluten Bevölkerungsrückgang, und weitere 76 halten nur dank der Einwanderung einen Bevölkerungszuwachs aufrecht. Dieser Trend wird die Möglichkeiten der Beschäftigungszunahme in Zukunft begrenzen.



Investition in Menschen: neue Kinderbetreuungseinrichtung in einem Roma-Kindergarten, Slowakei



Slowakei

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 11,6 Mrd. Euro
Konvergenz: 10,9 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 449 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 227 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Infrastruktur und
bessere Anbindung der
Regionen, Innovation,
Informationsgesellschaft und
wissensbasierte Wirtschaft,
Humanressourcen und
Bildung

Ziele

Erreichung des
Wirtschaftsniveaus der EU-15
in Höhe von 60 %
Anhebung der
Beschäftigungsquote von
57,7 % im Jahr 2005
auf 63,4 %

Die Gesamtbeschäftigung wird zwar auf Grund einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung voraussichtlich bis 2017 weiter zunehmen, aber danach wird sie wahrscheinlich zurückgehen. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge werden im Jahr 2050 70 Millionen weniger Menschen in Europa leben als heute; gleichzeitig wird die Bevölkerung in Asien um 1,3 Milliarden und die Bevölkerung in Afrika um 1 Milliarde zunehmen. Ein demografischer Wandel dieser Größenordnung wird sich auf die Verteilung der Wirtschaftstätigkeiten auswirken.

Im Zeitraum 2007-2013 werden im Rahmen der kohäsionspolitisch vorrangigen Investitionen große Summen zur Verbesserung der **Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer** freigesetzt. Über 70 Mrd. Euro der ESF-Zuweisungen sollen in Weiterbildung, Beschäftigung und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Integration investiert werden. Darüber

hinaus investiert der EFRE insbesondere in beschäftigungsrelevante Infrastrukturen sowie allgemeine und berufliche Bildung, d. h. beispielsweise Schulen, Krankenhäuser und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Da alle Mitgliedstaaten die Rentabilität von Investitionen in die **Bildung** anerkennen, wurden der Modernisierung und Reform der allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme erhebliche Mittel zugewiesen. So arbeitet Dänemark zum Beispiel darauf hin, 45 % der unqualifizierten Arbeitskräfte innerhalb eines Jahres in Ausbildungsmaßnahmen einzubinden. Mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Spanien, Lettland, Litauen, Zypern, Dänemark und Estland, haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, Beschäftigungsquoten in Höhe von 70 % zu erreichen. Das Vereinigte Königreich strebt sogar die 80 %-Marke an.



Renew North: Nordische Energieinitiative, Northumberland, Vereinigtes Königreich

Vereinigtes Königreich

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 10,6 Mrd. Euro
Konvergenz: 2,9 Mrd. Euro
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: 6,9 Mrd. Euro
Europäische territoriale Zusammenarbeit: 722 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Unternehmen und Innovation, Qualifikationen und Beschäftigung, Umweltschutz und Gemeinschaft Nachhaltigkeit, Schwerpunkt auf Marktversagen, Gleichstellung, Partnerschaften mit lokalen Behörden, Hochschulbildung, gemeinnütziger und privater Sektor sowie Förderung der Lissabon-Agenda

Ziele

Verbesserung der Qualifikationen
Mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, insbesondere im privaten Sektor
Förderung von Innovation und Unternehmertegeist

Mit Umsicht investieren

Für die effizienteste und nachhaltigste Nutzung der Struktur- und Kohäsionsfonds im Zeitraum 2007-2013 sind verschiedene neue Instrumente und Initiativen vorgesehen. Diese Initiativen bündeln Know-how in den Bereichen Projektverwaltung oder Finanzierungstechnik und sorgen dafür, dass Investitionen anhaltende Wirkung zeigen und zur langfristigen Entwicklung der Regionen beitragen.

Eine **wirtschaftliche Haushaltsführung** im Rahmen kohäsionspolitischer Instrumente kann mehr öffentliche Investitionen bewirken. Zu diesem Zweck hat die Europäische Kommission zusammen mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) sowie der Entwicklungsbank des Europarates (CEB) drei Instrumente entwickelt. Sie bieten fachliche Unterstützung bei großen Infrastrukturprojekten, öffentlich-privaten Partnerschaften oder finanztechnischen Maßnahmen zwischen Geldinstituten, Mitgliedstaaten und Regionen.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Finanzinstituten wird den Kapazitätsaufbau in nationalen und regionalen Behörden stärken.

Dies sind die drei neuen Instrumente:

n JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions - Gemeinsame Unterstützung für die Durchführung

von Projekten in Europas Regionen) fördert die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission, der EIB und der EBWE, bündelt Know-how und unterstützt Mitgliedstaaten und Regionen bei Großprojekten. Folgende Bereiche werden besonders unterstützt: Projekte in den Bereichen Verkehrs- und Energieinfrastruktur (einschließlich der transeuropäischen Netze); Initiativen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien, insbesondere bei der Bewertung öffentlich-privater Partnerschaften. JASPERS verfügt über ein Expertenteam, das vom Hauptsitz der EIB in Luxemburg geleitet wird.

n JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises - Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen) ist eine Initiative der Europäischen Kommission, der EIB und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) zur Förderung des Zugangs von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu Finanzierungsmitteln. Im Rahmen von JEREMIE können die Mitgliedstaaten und Regionen die Verwaltung finanztechnischer Maßnahmen sowie KMU-Finanzierungsprogramme an die EIF auslagern. Zu den Produkten gehören Eigen- und Risikokapitalfinanzierungen, Sicherheitsleistungen, Kredite und technische Hilfe, die eine Hebelwirkung der EU-Mittel durch revolvingierende Finanzinstrumente anstelle von Zuschüssen ermöglichen. Der EIF wird zusammen mit nationalen



Investition in Forschung: Minerve, Zentrum für biotechnologische Forschung in Charleroi, Wallonien, Belgien



Belgien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 2,3 Mrd. Euro

Konvergenz: 638 Mio. Euro

Regionale

Wettbewerbsfähigkeit und

Beschäftigung: 1,4 Mrd. Euro

Europäische territoriale

Zusammenarbeit: 194 Mio.

Euro

Schwerpunkt der Programme

Stärkung des nachhaltigen territorialen Zusammenhalts und der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung der innovations- und wissensbasierten Wirtschaft, Stadtentwicklung, menschliche und wirtschaftliche Entwicklung, Forschung, Weiterbildung, Senkung der Arbeitslosenzahlen, Bekämpfung der Diskriminierung und Förderung der Gleichstellung

Ziele

Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen 3 % des BIP erreichen.

Anhebung der Beschäftigungsquote auf 70 %, bei Frauen auf 60 % und bei Arbeitskräften zwischen 55 und 64 Jahren auf 50 %

und regionalen Behörden maßgeschneiderte Systeme für KMU in allen Sektoren erarbeiten. Es wird erwartet, dass JEREMIE in etwa 20 Mitgliedstaaten erheblich zur Verbesserung des Zugangs der KMU zur Finanzierung beitragen wird. Zu diesem Zweck werden EFRE-Mittel in Höhe von 2,5 Mrd. Euro freigesetzt.

n JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in städtischen Gebieten) ist eine neue Initiative der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der EIB und der CEB, um nachhaltige Investitionen in Stadtprojekte und –programme zu fördern. Die Initia-

tive stellt eine Verbindung der Mitgliedstaaten, Regionen und Städte mit dem europäischen Bank- und Finanzsektor her, um mehr und bessere Investitionen in die Städte zu ermöglichen. Die Behörden, die im Rahmen der Strukturfonds Programme verwalten, können auf externes Know-how zurückgreifen und auf diesem Weg Zugang zu weiteren Fördermitteln für die Stadtentwicklung erhalten. Die im Rahmen von JESSICA zu finanzierenden Mittel aus operationellen Programmen können auf Stadtentwicklungsfonds übertragen werden. Die Kofinanzierung kann durch Gemeinden, Banken, Pensionsfonds oder Investmentfonds erfolgen.



Erneuerung von Gleisen in Slowenien

Slowenien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 4,2 Mrd. Euro
Konvergenz: 4,1 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit:
104 Mio. Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung des
Unternehmergeists,
Innovation und
technologischer Entwicklung,
Stärkung des Humankapitals,
Schaffung von Arbeitsplätzen
und ausgewogene regionale
Entwicklung

Ziele

Beitrag in Höhe von 0,75 %
zum jährlichen Anstieg des
BIP
Anreize zur Steigerung der
Beschäftigungsquote
um 1,7 %

Zusammenarbeit ohne Grenzen

Die Kohäsionspolitik ermutigt Regionen und Städte aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und anderen Ländern zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen, indem sie gemeinsame Programme, Projekte durchführen und Netzwerke aufbauen. Für den Zeitraum 2007-2013 ist eine Reihe von Initiativen vorgesehen.

Das im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) geförderte Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ unterstützt grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperationsprogramme. Der für dieses Ziel vorgesehene Haushalt in Höhe von 8,7 Mrd. Euro entspricht 2,5 % der Gesamtzusweisungen für die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2007-2013.

Ein Rechtsinstrument zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie eine Reihe neuer Instrumente sollen die regionale Entwicklung entlang der EU-Außengrenzen in Bewerberländern und potenziellen Bewerberländern sowie mit Drittländern unterstützen.

Die verschiedenen Bereiche der europäischen territorialen Zusammenarbeit gestalten sich wie folgt:

- n 53 grenzüberschreitende Programme** entlang den Binnengrenzen der EU. Mit diesen Programmen sollen Unternehmergeist, kleine und mittlere Unternehmen, grenzübergreifender Handel, Tourismus und Kultur, Umweltmanagement, Verkehrs-, Informations- und Kommunikationsnetze, Wasser-, Abfall- und Energiemanagement, gemeinsame Nutzung von Gesundheits-,

Kultur- und Bildungsinfrastrukturen sowie justizielle Zusammenarbeit und Amtshilfe gefördert werden.

EFRE-Beitrag: 5,6 Mrd. Euro

- n 13 transnationale Kooperationsprogramme** decken weitläufigere Gebiete ab, z. B. die Ostsee-, Alpen- und Mittelmeerregion. Sie konzentrieren sich auf interregionale Projekte in Bezug auf Innovation, Umwelt und Risikoprävention, Anbindung und nachhaltige Stadtentwicklung.

EFRE-Beitrag: 1,8 Mrd. Euro

- n Das interregionale Kooperationsprogramm (INTERREG IVC)** bietet einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch zwischen regionalen und lokalen Einrichtungen in verschiedenen Ländern. Das Programm konzentriert sich auf zwei Bereiche: Innovation und wissensbasierte Wirtschaft sowie Umwelt und Risikoprävention. Zusammen mit dem Programm URBACT II ist dieses Programm der wichtigste Motor für die EU-Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ zur Förderung der Entwicklung regionaler und urbaner Netzwerke und zur Verbreitung von bewährten Praktiken im Bereich der Modernisierung der Wirtschaft.

EFRE-Beitrag: 321 Mio. Euro

Länder: EU-27, Norwegen und die Schweiz

- n Das Programm URBACT II** bringt Akteure auf lokaler und regionaler Ebene zusammen, um den Erfahrungs- und Informationsaustausch in Bezug auf stadtpolitische Fragen zu erleichtern. Das Programm unterstützt thematische Netzwerke und Arbeitsgruppen der Städte, Konferenzen und die Entwicklung von Instrumenten.



Länder miteinander verbinden: die neue Zugverbindung zwischen Ungarn und Slowenien



Ungarn

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 25,3 Mrd. Euro
Konvergenz: 22,9 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 2 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 386 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Mehr Wettbewerbsfähigkeit
und wissensbasierte
Wirtschaft, Verbesserung
des Geschäftsumfelds und
Forcierung von aktiven
Arbeitsmarktmaßnahmen
sowie Entwicklung der
Humanressourcen

Ziele

Anhebung der
Beschäftigungsquote um 4 %
Anhebung des
Produktionsniveaus der
Unternehmen um 10 % bis
2015

EFRE-Beitrag: 53 Mio. Euro

Länder: EU-27, Norwegen und die Schweiz

n Das „**Forschungsnetzwerk zur Beobachtung der europäischen Raumentwicklung**“ (ESPON) liefert wissenschaftliche Informationen für die Entwicklung von Regionen und größeren Gebieten durch angewandte Forschung, Analysen und Instrumente.

EFRE-Beitrag: 34 Mio. Euro

Länder: EU-27, Norwegen, die Schweiz, Island und Liechtenstein

n Das **INTERACT-II-Programm** stellt Dienstleistungen und Instrumente zur Verwaltung der Kooperationsprogramme zur Verfügung.

EFRE-Beitrag: 34 Mio. Euro

Regionale Kooperationsprojekte können sich aufgrund der unterschiedlichen nationalen Steuersysteme oder des unterschiedlichen Arbeits- oder Planungsrechts schwierig gestalten. Beim **Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit** (EVTZ) handelt es sich um ein neues Instrument, mit dessen Hilfe regionale und lokale Behörden verschiedener Länder in die Lage versetzt werden sollen, rechtsfähige Kooperationsverbünde zu bilden. Dieses Instrument kommt in Bereichen wie grenzübergreifender Verkehr oder Gesundheitsdienste sowie gemeinsame Studien oder Projekte zum Einsatz. Nationale oder regionale öffentliche Stellen können Mitglieder des EVTZ sein.

Im Zeitraum 2007-2013 stehen zwei Instrumente für die regionale Entwicklung in Bewerberländern, potenziellen Bewerberländern und Drittländern bereit:

n Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA – Instrument for Pre-Accession Assistance) beruht auf Partnerschaften mit EU-Bewerberländern – der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien und der Türkei – sowie mit potenziellen Bewerberländern – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien, einschließlich Kosovo. Es unterstützt Reformen der Verwaltungsstrukturen, der Wirtschaft sowie im sozialen Bereich und fördert die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

EU-Zuweisung: 11,47 Mrd. Euro

n Das **Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)** fördert die Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration der EU und ihrer Partnerländer – Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, die Russische Föderation, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Das Instrument unterstützt Partnerschaften, die sich für gute Governance sowie soziale und wirtschaftliche Entwicklung einsetzen, und umfasst 15 Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entlang der EU-Außengrenzen.

EU-Zuweisung: 11,18 Mrd. Euro, davon gehen 1,18 Mrd. Euro an das ENPI-CBC-Programm

Seit 2006 führt die Europäische Kommission einen strukturierten regionalpolitischen Dialog mit China und seit 2007 auch mit Russland.



Deutschland

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 26,3 Mrd. Euro
Konvergenz: 16,1 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 9,4 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 851 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Innovationsanreize, mehr
Wettbewerbsfähigkeit,
Stärkung der Attraktivität
der Regionen und Schaffung
neuer und besserer
Arbeitsplätze

Ziele

Anhebung der Investitionen
in Forschung und Innovation
auf 3 % des BIP (von 2,5 %)
Anhebung der
Beschäftigungsquote auf 70 %
(von 65,4 %)

Aus industriellem Erbe wurde ein wichtiges Gut für die gesamte Region: Völklinger Hütte, Saarland,
Deutschland

Kann die Regionalpolitik etwas bewegen?

Den jüngsten Bewertungen zufolge zeigt die Kohäsionspolitik große Wirkung. Sie ist ein Motor für Wachstum, schafft dort Arbeitsplätze, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und sie spielt in ganz Europa eine wichtige Rolle bei der Verbesserung des Lebensstandards.

Jedes Programm, das im Rahmen der Strukturfonds gefördert wird, umfasst Evaluierungsmaßnahmen, mit deren Hilfe Mitgliedstaaten, Regionen und die Europäische Kommission die Kohäsionspolitik regelmäßig bewerten können. Der Erfolg wird an Indikatoren wie zusätzliches Wachstum, geschaffene Arbeitsplätze oder Senkung der Umweltverschmutzung gemessen.

Der **Kohäsionsbericht** der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2007 zeigt, dass die Programme den Mitgliedstaaten dabei geholfen haben, zu einer Politik für Wachstumsinvestitionen überzugehen, die die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur, Humanressourcen und die Modernisierung sowie Diversifizierung der regionalen Wirtschaft unterstützt haben. Die Kohäsionspolitik hat zur Verringerung der sozialen Ausgrenzung und Armut beigetragen, indem Qualifikationen für die wissensbasierte Wirtschaft bereitgestellt und die Arbeitsmarktmaßnahmen verstärkt wurden. Auf **nationaler Ebene** haben Griechenland, Spanien, Irland und Portugal, die die meisten Mittel im

Rahmen der Kohäsionspolitik erhielten, seit 1995 beeindruckende Wachstumsleistungen erzielt.

Griechenland konnte den Abstand zu den EU-27 verringern. Ausgehend von 74 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP im Jahr 1995 konnten im Jahr 2005 88 % erreicht werden. Im selben Zeitraum konnte Spanien sein Pro-Kopf-BIP von 91 % auf 102 % und Irland von 102 % auf 145 % anheben.

Die Situation sieht in den **neuen Mitgliedstaaten** nicht genauso aus. Hier entfaltet die Kohäsionspolitik erst jetzt ihre Wirkung. Das Ausgangsniveau war in diesen Ländern sehr niedrig, aber heute erleben alle ein rasches Wachstum, dass sich häufig auf die Hauptstadtregionen oder größeren Städte konzentriert. Das BIP der drei baltischen Staaten hat sich in den zehn Jahren zwischen 1995 und 2005 fast verdoppelt. Auch Polen, Ungarn und die Slowakei haben gute Ergebnisse erzielt, mit Wachstumsraten, die doppelt so hoch sind wie der EU-Durchschnitt. Aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass die Wachstumsraten auch künftig steigen, wird es noch über 15 Jahre dauern, bevor Polen, Bulgarien und Rumänien ein Pro-Kopf-BIP von 75 % des EU-27-Durchschnitts erreichen.

Das im Laufe des letzten Jahrzehnts auf **regionaler Ebene** zu verzeichnende, relativ starke Wirtschaftswachstum in den Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-BIP ist ein Anzeichen



Die neue Kläranlage von Danutoni in der Nähe von Petrosani, Rumänien



Rumänien

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 19,7 Mrd. Euro
Konvergenz: 19,2 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 455 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Aufbau der Basisinfrastruktur
nach europäischen
Standards, Verbesserung
der langfristigen
Wettbewerbsfähigkeit,
Förderung und
effizientere Nutzung des
Humankapitals, Aufbau von
Verwaltungskapazitäten,
Förderung einer
ausgewogenen territorialen
Entwicklung

Ziele

BIP-Wachstum von 15-20 %
bis 2015
Anhebung der
Beschäftigungsquote von
57,4 % auf 64 %
Investition in 1 400 km
Straßenneubau bzw.
-sanierung

dafür, dass sich die EU-Regionen einander annähern. Zwischen 1995 und 2004 ist die Zahl der Regionen, deren BIP pro Kopf unter 75 % des EU-Durchschnitts lag, von 78 auf 70 zurückgegangen, während die Zahl der Regionen mit weniger als 50 % von 39 auf 32 gesunken ist. Die Regionen der EU-15 mit Entwicklungsrückstand und die im Zeitraum 2000-2006 am stärksten von kohäsionspolitischen Instrumenten unterstützt worden sind, hatten einen erheblichen Anstieg des Pro-Kopf-BIP zu verzeichnen. Zwischen 1995 und 2004 hat das Pro-Kopf-BIP in einem Viertel dieser Länder die 75 %-Schwelle überstiegen.

Zwischen 2000 und 2006 ist das spanische Schienennetz für Hochgeschwindigkeitszüge um 850 km ausgebaut worden. Außerdem konnte durch Ausbesserungen des Straßennetzes eine Fahrzeit von rund 1,2 Mio. Stunden eingespart werden – beides wichtige Beiträge zur Nachhaltigkeit des Verkehrs. Über einen ähnlichen Zeitraum hinweg konnten in Italien rund 6,4 Millionen Menschen an die getrennte Müllsammlung angeschlossen werden. In Spanien wurden circa 4 Mrd. Euro in rund 13 000 Forschungsprojekte investiert, an denen fast 100 000 Forscher beteiligt waren, und 256 000 britische KMU erhielten finanzielle Unterstützung, Beratung und Coaching zur Verbesserung ihrer Führungs- und Organisationsfähigkeiten.

Ähnliche Entwicklungen sind bei der **Schaffung von Arbeitsplätzen** zu beobachten. Zwischen 2000 und 2005 haben sich die

Beschäftigungsquoten innerhalb der EU einander angenähert, und die Arbeitslosigkeit ist in den Regionen der EU-15 mit Entwicklungsrückstand von 13,4 % auf 12,4 % zurückgegangen. Allerdings lagen die Beschäftigungsquoten in diesen Regionen im Jahr 2005 noch immer 11 % unter denen im Rest der Union.

Für den **Zeitraum 2007-2013** gehen Studien davon aus, dass die Kohäsionspolitik einen Anstieg des BIP in den meisten neuen Mitgliedstaaten um 6 % über das Basis-Szenario hinaus bewirken wird. So wird für Litauen, die Tschechische Republik und die Slowakei beispielsweise ein zusätzliches BIP-Wachstum von 9 % vorhergesagt, 5,5-6 % für Bulgarien, Polen und Rumänien, 3,5 % für Griechenland und circa 1-1,5 % für Spanien, die ostdeutschen Bundesländer und den Mezzogiorno. Bis 2015 könnten Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik bis zu 2 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.

Der Nutzen der kohäsionspolitischen Strategien **geht über Wachstum und Beschäftigung hinaus**. Sie stellen die Einhaltung anderer Gemeinschaftspolitiken sicher – sei es im Bereich staatlicher Beihilfen oder auch in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Förderung von Innovation und Informationsgesellschaft. Darüber hinaus tragen sie zur Verbesserung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bei und sorgen für mehr Transparenz und gute Governance.



Förderung des nachhaltigen Tourismus: Radwege in der Region Salzburg, Österreich

Österreich

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 1,46 Mrd. Euro
Konvergenz: 177 Mio. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 1,03 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 257 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Innovation, Steigerung
der Attraktivität der
Regionen, Verbesserung
der Anpassungsfähigkeit
und Qualifikationen der
Arbeitskräfte, territoriale
Zusammenarbeit,
Governance

Ziele

Förderung der
Wettbewerbsfähigkeit durch
Stärkung der Wissensbasis
und Innovationskraft von
Unternehmen
Unterstützung von Forschung
und Entwicklung
Ausgewogene regionale
Entwicklung für bessere
Anbindung der Regionen und
mehr Beschäftigung

Kontrolle der Verwendung von Steuergeldern

Die jährlichen Ausgaben der Struktur- und Kohäsionsfonds betragen 50 Mrd. Euro des EU-Haushalts, zuzüglich der nationalen, regionalen und privaten Kofinanzierung. Insgesamt gibt es über 400 nationale und regionale Programme, die von den Mitgliedstaaten verwaltet werden. Im Rahmen dieser Programme werden jedes Jahr zehntausende von Projekten ausgewählt. Wie kann die Europäische Kommission gewährleisten, dass die Steuergelder ordnungsgemäß und effizient verwaltet werden?

Die Antwort liegt im Kontroll- und Auditsystem auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Die Mitgliedstaaten und Regionen müssen eine Reihe von Mindestanforderungen erfüllen, bevor auch nur ein Euro aus den Struktur- und Kohäsionsfonds für ein Projekt ausbezahlt wird.

Für jedes Programm müssen drei Behörden und ihre Aufgaben festgelegt werden:

- n Die **Verwaltungsbehörde** sorgt dafür, dass die Projekte den Auswahlkriterien entsprechen und dass die Begünstigten die Bedingungen verstehen. Sie sorgt für die Einhaltung der Zuschussbedingungen und prüft regelmäßig vor Ort die Fortschritte der Projekte und die Richtigkeit der geplanten Ausgaben.
- n Die **Prüfbehörde** prüft die Systeme und testet die Projekte. Sie berichtet der Verwaltungsbehörde und der Bescheinigungsbehörde über Systemschwächen und unregelmäßige Ausgaben. Für den Zeitraum 2007-2013 ist der Verantwortungsbereich der nationalen Prüfbehörden erweitert worden. Sie müssen

Bei Unregelmäßigkeiten korrigiert die Verwaltungsbehörde die EU-Mittel oder zieht sie ein. Außerdem erstellt die Verwaltungsbehörde jährliche Lageberichte und einen Schlussbericht, in dem die Umsetzung des gesamten Programms zusammengefasst wird. Diese Berichte werden von der Europäischen Kommission geprüft.

- n Die **Bescheinigungsbehörde** unterbreitet der Kommission regelmäßig Ausgabenerklärungen und Zahlungsanträge. Sie prüft, ob die geltend gemachten Ausgaben wahrheitsgetreu sind, sich auf zuverlässige Buchführungsverfahren stützen und mit den geltenden gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in Einklang stehen. Sie führt Prüfungen durch, bei Bedarf auch vor Ort. Die Bescheinigungsbehörde beobachtet und berichtet auch über Unregelmäßigkeiten sowie über die daraus resultierende Eintreibung oder Einziehung von Mitteln der Begünstigten.



Gemeinschaftsdienste: Betreuungszentrum für Grundschulkinder, Lastenkaari, Finnland



Finnland

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 1,7 Mrd. Euro
Regionale

Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 1,6 Mrd. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 120 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Förderung von Unternehmen,
Innovation, Networking
und Stärkung der
Wissensbasis, Kompetenz,
Beschäftigung, Beschäftigung
und Unternehmmergeist,
Verbesserung der
regionalen Anbindung und
Umweltschutz

Ziele

Unternehmensneu-
gründungen und Schaffung
von Arbeitsplätzen für mehr
Beschäftigung
Entwicklung der regionalen
Wirtschaft
Steigerung der Produktivität,
Wettbewerbsfähigkeit und
Exporte der Unternehmen
Anhebung des
Bildungsniveaus
Erhöhung der Investitionen
in Forschung und Innovation
auf 4 % des BIP bis 2010

zunächst eine Stellungnahme zum Funktionieren des Verwaltungs- und Kontrollsystems abgeben. Außerdem muss für jedes Programm eine Prüfbehörde bestimmt werden, die die formale Verantwortung für die Prüfung übernimmt. Die Prüfbehörde muss innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des Programms eine Prüfstrategie und einen jährlichen Kontrollbericht über die Funktionsweise des Systems vorlegen. Des Weiteren müssen die Prüfbehörden die gesamten Prüfungen nach Ablauf des Programmzeitraums in einer Abschlusserklärung zusammenfassen. Die Europäische Kommission unterzieht diese Erklärungen einer genauen Untersuchung.

Die Prüfungsorgane der **Europäischen Kommission** üben eine übergeordnete Kontrolle aus, vor allem, indem sie die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten prüfen und die Vorgänge auf Ebene der Begünstigten testen und die Geldströme an die Mitgliedstaaten kontrollieren. Thematische Prüfungen werden ebenfalls durchgeführt, und sofern sich in den Systemen größere Fehler zeigen, vereinbaren Kommission und Mitgliedstaaten Aktionspläne zu deren Behebung.

Wenn ein Mitgliedstaat die notwendigen Korrekturen nicht unmittelbar durchführt, kann die Europäische Kommission die **Zah-**

lungen unterbrechen oder aussetzen sowie Finanzkorrekturen durchführen, um bereits geleistete und von den Systemfehlern betroffene Zahlungen beizutreiben. Die Finanzkorrekturen werden dann pauschal auf alle möglicherweise betroffenen Zahlungen angewandt.

Für den Zeitraum 2007-2013 hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan für einen integrierten Rahmen der Kontroll- und Prüfmaßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene verabschiedet. Hierzu gehören eine bessere Koordinierung der Prüfungen und der Austausch von Prüfergebnissen zwischen den Prüfbehörden der Mitgliedstaaten und der Kommission sowie die Verbreitung von Leitlinien und bewährten Praktiken.

Die Kommission führt auch bei einzelnen Fehlern in ihren eigenen **Prüfungen** oder in denen **des Europäischen Rechnungshofs** entsprechende Korrekturen durch. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, die Annahme der vorgeschlagenen Finanzkorrekturen zu widerlegen. Sie können beanstandete Ausgaben durch andere, förderfähige Ausgaben ersetzen, um eine Nettoerhöhung der Programmmittel zu verhindern.



Schutz des kulturellen Erbes in Athen, Griechenland

Griechenland

Zugeteilte Mittel 2007-2013

Insgesamt: 20,4 Mrd. Euro
Konvergenz: 19,6 Mrd. Euro
Regionale
Wettbewerbsfähigkeit und
Beschäftigung: 635 Mio. Euro
Europäische territoriale
Zusammenarbeit: 210 Mio.
Euro

Schwerpunkt der Programme

Stärkung der
Wettbewerbsfähigkeit,
Verbesserung der Anbindung,
digitale Konvergenz
und Entwicklung der
Humanressourcen, Bildung
und lebenslanges Lernen

Ziele

Anhebung des BIP um
circa 3,5 % und Schaffung
von bis zu 95 000 neuen
Arbeitsplätzen bis 2015
Anhebung der Ausgaben für
FuE auf 1,5 % des BIP (von
derzeit 0,6 %)

Einblicke vermitteln: Ihr Recht auf Information

Information und Publizität zu den von den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds geförderten Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung, um die Transparenz der Programme zu erhöhen und sie ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Einblicke in die Struktur- und Kohäsionsfonds zu vermitteln, heißt ganz praktisch, dass Publikationen, Websites, Datenbanken mit bewährten Praktiken und anderen Daten zwischen EU-Behörden, Mitgliedstaaten und Regionen abgestimmt werden, um den bestmöglichen **Zugang zu wichtigen Informationen** zu garantieren. Die nationalen Behörden sind in erster Linie für die Information ihrer Bürger über die von der EU geförderten Maßnahmen verantwortlich.

Zwischen 2007 und 2013 soll noch größeres Gewicht auf die angemessene Information und Kommunikation auf allen Ebenen gelegt werden. Mitgliedstaaten und Regionen sind **verpflichtet**, über die im Rahmen der Fonds geförderten Programme zu informieren und sämtliche Endbegünstigte, Projekte und zugewiesenen Mittel zu veröffentlichen.

Die EU-Vorschriften besagen Folgendes:

- n Für jedes operationelle Programm muss ein **Kommunikationsplan** mit einer Strategie, einer Definition der Zielgruppen,

geplanten Informations- und Kommunikationsmaßnahmen und ein indikativer Haushalt erstellt werden. Die Behörden müssen die für den Plan verantwortlichen Verwaltungsstellen benennen und beschreiben, wie der Plan umgesetzt werden soll.

- n Für die Verwaltungsbehörden und die Endbegünstigten werden **Mindestanforderungen** in Bezug auf die Information der Öffentlichkeit definiert. Eine solche Anforderung wäre beispielsweise eine umfassende Informationskampagne bei Programmstart und weitere Informationsmaßnahmen ein Mal pro Jahr im Laufe der Umsetzung des Programms. Oder auch die Veröffentlichung einer Liste der Endbegünstigten durch die Verwaltungsbehörde und die Aufstellung von Hinweisschildern und Erläuterungstafeln bei den Projektstandorten.
- n Die Mitgliedstaaten und Regionen sollten im Bereich Information und Kommunikation **zusammenarbeiten**, um eine bessere Integration zu erreichen und aus vorbildlichen Verfahren zu lernen.

Information und Kommunikation sind **vollwertige Bestandteile der Kohäsionspolitik** und steigern die Qualität der Programme und Projekte vor Ort. Ermöglicht wird dies von den nationalen und regionalen Behörden, Endbe-



günstigen und den Dienststellen der Europäischen Kommission. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Informations- und Kommunikationsstrategien bewertet und begleitet werden und dass untersucht wird, in welcher Beziehung sie zu den übergreifenden Zielen der operationellen Programme stehen.

Die Dienststellen der **Europäischen Kommission** informieren die Öffentlichkeit durch Broschüren, Websites, audiovisuelle Medien und Konferenzen über die Funktionsweise der Fonds in jedem Mitgliedstaat. Diese Informationskampagnen sind in allen Amtssprachen der EU verfügbar. Sie sollen die Öffentlichkeit für die Auswirkungen der Fonds sensibili-

sieren und dafür sorgen, dass wichtige und kohärente Informationen einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Die Kommission koordiniert ebenfalls ein **Netzwerk** der Kommunikationsreferenten aus allen 27 Mitgliedstaaten, um die für die Förderung der EU-Struktur- und Kohäsionsfonds verantwortlichen Personen zusammenzubringen. Der Zweck dieses Netzwerks besteht darin, Erfahrungen und bewährte Praktiken auszutauschen, Möglichkeiten zur Verbesserung der Kommunikationsinstrumente zu finden und Kontakte zu bestehenden nationalen Netzwerken aufzubauen.



Wir sind für Sie da

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, wie die Europäische Union die Regionen unterstützt, wie hoch die Mittel sind, die in Ihrer Region für bestimmte Projekte zur Verfügung stehen, oder wenn Sie nach Nachrichten, Veröffentlichungen, PowerPoint-Präsentationen, Bildern oder Videos suchen, steht Ihnen die Website der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission zur Verfügung.

http://ec.europa.eu/regional_policy

Wenn Sie Fragen haben oder wenn Sie unsere Veröffentlichungen erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an:

regio-info@ec.europa.eu

Die Generaldirektion Regionalpolitik verfügt auch über ein **Informations- und Besucherzentrum**, das von Montag bis Freitag (9.30-12.30 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr) für Privatpersonen oder Gruppen geöffnet ist.

Europäische Kommission, GD Regionalpolitik
Avenue de Tervuren/Tervurenlaan 41
B-1049 Bruxelles/Brüssel
Tel.: +32 (0)2 296 06 34
Fax: +32 (0)2 296 60 03

Glossar

Kohäsionsfonds: Mitgliedstaaten mit einem Bruttoinlandsprodukt von weniger als 90 % des EU-Durchschnitts sind im Rahmen des Kohäsionsfonds förderfähig. Der Fonds fördert Projekte in den Bereichen Verkehr und Umwelt sowie transeuropäische Netze (TEN), Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Für den Zeitraum 2007-2013 werden im Rahmen der von den Mitgliedstaaten verwalteten Programme 69,6 Milliarden € für den Kohäsionsfonds zur Verfügung stehen.

Strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft: Sie bilden einen Rahmen für die Interventionen der Strukturfonds.

EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung): Gehört - zusammen mit dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Sozialfonds - zu den drei Finanzinstrumenten der EU-Kohäsionspolitik und stellt die größte Finanzquelle zur Entwicklung des Potenzials der Regionen dar. Der EFRE wurde 1975 geschaffen. Er kann zur Finanzierung von produktiven Investitionen, unternehmerischer Initiative, Verkehrs- und Umweltinfrastruktur, Forschung und Technologie, Innovation, der Informationsgesellschaft, nachhaltiger Entwicklung und anderen Aktivitäten beitragen.

ESF (Europäischer Sozialfonds): Wurde 1957 ins Leben gerufen und ist einer der drei Kohäsionsinstrumente der EU und die Hauptquelle für die finanzielle Unterstützung der Bemühungen, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und Humanressourcen aufzubauen.

BIP (Bruttoinlandsprodukt): Der wirtschaftliche Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines bestimmten Gebiets und innerhalb eines bestimmten Zeitraums produziert worden sind. Er entspricht der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftstätigkeit in einem Gebiet, zuzüglich aller Steuern und abzüglich aller Zuschüsse. Beim Vergleich der EU-Regionen wird das BIP üblicherweise als Prozentsatz des EU-Durchschnitts ausgedrückt (Durchschnitt = 100 %). Wird das Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparitäten (KKP) ausgedrückt, können die verschiedenen Preise in den Mitgliedstaaten verglichen werden.

NUTS (Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik): Die von der EU verwendete Klassifikation zur Erhebung statistischer Daten auf regionaler Ebene. Die EU-Regionen sind in drei NUTS-Ebenen eingeteilt. Derzeit gibt es 268 NUTS-2-Regionen in der EU-27. Ebene 2 entspricht Gebieten, die im Rahmen der Strukturfonds förderfähig sind.

NSRP (Nationaler strategischer Rahmenplan): Bei Planung der Interventionen im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds für den Zeitraum 2007-2013 müssen die Mitgliedstaaten einen NSRP vorlegen, der die Übereinstimmung der Interventionen mit den strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft garantiert.

Operationelles Programm: In diesem Dokument wird die Entwicklungsstrategie eines Mitgliedstaates oder einer Region erläutert. Es werden die Prioritäten genannt, die mit Hilfe eines der Instrumente der Struktur- oder Kohäsionsfonds umgesetzt werden sollen. Das Dokument wird der Europäischen Kommission vorgelegt.



Arbeiten für die Regionen

Die EU-Kohäsionspolitik setzt das Solidaritätsprinzip in der EU in die Praxis um. Ein grundlegendes und im EG-Vertrag verankertes Ziel der Europäischen Union ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, indem die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen verringert werden. Zwar kommen die Investitionen der Kohäsionspolitik schwerpunktmäßig den ärmeren Regionen zugute und unterstützen diese darin, schneller den Anschluss an die reicheren Regionen zu finden, doch diese Investitionen haben auch spürbare Auswirkungen auf alle Regionen und Bürger, da sie in der gesamten EU die Wettbewerbsfähigkeit und die Lebensbedingungen verbessern. Diese Broschüre erklärt, wie die Kohäsionspolitik der EU funktioniert, was sie erreichen kann und wo Sie weitere Informationen finden können.

Info regio

Auf der Info regio-Website erhalten Sie einen Überblick über die Regionalpolitik der EU:

**http://ec.europa.eu/regional_policy
regio-info@ec.europa.eu**

